

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zum Antrag der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln),  
Viola von Cramon-Taubadel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/2426 –**

### **Modernisierung braucht Rechtsstaatlichkeit – Partnerschaft mit Russland fördern**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller stellen fest, dass zu den Zielen einer auf den Werten des Euro-  
parates gründenden strategischen Partnerschaft mit Russland auch die gemein-  
same Lösung globaler Fragen und die Kooperation auf allen Feldern von Politik,  
Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft gehören. Für die Intensivierung der Bezie-  
hungen zwischen Russland und der EU ist die wirtschaftliche und gesellschaft-  
liche Modernisierung Russlands von entscheidender Bedeutung. Unerlässlicher  
Bestandteil dieser Modernisierung ist die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in  
Russland.

Mit dem Antrag unter dem Titel: „Modernisierung braucht Rechtsstaatlichkeit –  
Partnerschaft mit Russland fördern“ möge daher der Deutsche Bundestag die  
Bundesregierung auffordern:

- rechtsstaatliche Defizite Russlands konkret zu thematisieren und zugleich  
umfassende Angebote zu deren Überwindung im Sinne der Modernisie-  
rungspartnerschaft zu unterbreiten;
- im Rahmen des auszuhandelnden neuen Partnerschafts- und Kooperations-  
abkommens der EU eine intensive Zusammenarbeit auf dem Gebiet des  
Justizwesens zu vereinbaren;
- zusätzliche Beiträge zur Finanzierung von Rechtsstaatsprojekten zu leisten;
- im Rahmen des Europarates und des Ministerrates der Organisation für  
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auch weiterhin gegenüber  
der russischen Regierung auf die aus der Mitgliedschaft erwachsenen Ver-  
pflichtungen hinzuweisen;
- zur Modernisierung der Wirtschaft und des Bildungssystems, zur Reform der  
öffentlichen Verwaltung und zur Bekämpfung der Korruption in Russland  
beizutragen;
- die Zusammenarbeit zu Themen der Gesetzgebung, der Justiz und des Straf-  
vollzugs weiterzuentwickeln;

- sich bei europäischen Unternehmen, die in Russland investieren, für einen Verhaltenskodex zur Einhaltung europäischer Standards einzusetzen;
- den russischen Präsidenten bei seinen Bemühungen zur Schaffung einer unabhängigen Justiz zu unterstützen;
- bei der russischen Regierung die Förderung einer pluralistischen, unabhängigen Parteienlandschaft einzufordern;
- sich bei der russischen Regierung für die Gewährleistung der Entwicklungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft einzusetzen;
- von der russischen Regierung die Beendigung der Straflosigkeit gegenüber Verbrechen der Sicherheitskräfte im Nordkaukasus und die Bereitschaft der russischen Justizorgane zu fordern, Klagen nordkaukasischer Opfer in Ermittlungen und Gerichtsverfahren zu verfolgen;
- weiterhin die konsequente und transparente Aufklärung der weiter wachsenden Zahl von Morden an zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen und Aktivisten einzufordern;
- gegenüber der russischen Regierung auf konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistisch motivierter Straftaten sowie der Verbreitung entsprechender Ideologien zu drängen;
- sich bei der russischen Regierung für die Zulassung unabhängiger, auch internationaler Untersuchungen zu den Haftbedingungen in russischen Strafanstalten sowie für die Beendigung der menschenrechtswidrigen und schikanösen Behandlung vieler Häftlinge des russischen Strafvollzugs einzusetzen;
- von der russischen Regierung die Gewährleistung der Demonstrationfreiheit und den Schutz friedlicher Demonstranten vor Gewalt zu fordern.

## **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.**

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Kosten**

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/2426 abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2011

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Karl-Georg Wellmann**  
Berichterstatter

**Franz Thönnies**  
Berichterstatter

**Michael Link (Heilbronn)**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Marieluise Beck (Bremen)**  
Berichterstatterin

**Bericht der Abgeordneten Karl-Georg Wellmann, Franz Thönnies,  
Michael Link (Heilbronn), Wolfgang Gehrcke und Marieluise Beck (Bremen)****I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/2426** in seiner 55. Sitzung am 8. Juli 2010 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

**II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses**

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 29. September 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

**III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse  
im federführenden Ausschuss**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 26. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung.

Berlin, den 26. Januar 2011

**Karl-Georg Wellmann**  
Berichtersteller

**Franz Thönnies**  
Berichtersteller

**Michael Link (Heilbronn)**  
Berichtersteller

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichtersteller

**Marieluise Beck (Bremen)**  
Berichterstatlerin